

Marion Albers

Informationelle Selbstbestimmung



Nomos

Studien zu Staat, Recht und Verwaltung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem

Prof. Dr. Jens-Peter Schneider

Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert

Band 6

Marion Albers

Informationelle Selbstbestimmung



Nomos

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät
der Humboldt-Universität zu Berlin gedruckt mit Unterstützung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft Bonn.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Habil-Schr., 2001/2002

ISBN 3-8329-1133-2

1. Auflage 2005

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005. Printed in Germany. Alle Rechte,
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Unter dem Titel „Analyse und Neukonzeption des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung“ ist diese Arbeit von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2001/2002 als Habilitationsschrift angenommen worden. Für die Veröffentlichung habe ich sie auf den Stand vom 1. September 2004 gebracht.

Zum Fortgang, zum Abschluß und zur Veröffentlichung der Arbeit haben viele Personen beigetragen. Für die Betreuung und die Anfertigung des Erstgutachtens danke ich Prof. Dr. Dieter Grimm. Bei Prof. Dr. Michael Kloepfer bedanke ich mich für das zügige Zweitgutachten. In verschiedener Form haben mich Prof. Dr. Ulrich Battis, PD Dr. Jens Kersten und Prof. Dr. Rosemarie Will im Vorfeld und während des Habilitationsverfahrens unterstützt; auch dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken. Wertvolle inhaltliche Anregungen haben mir Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Prof. Dr. Helge Rossen-Stadtfeld, Prof. Dr. Ulli Rühl und Prof. Dr. Arno Scherzberg gegeben; bei ihnen allen bedanke ich mich außerdem herzlich für konstruktive Gespräche. Martina Geilern, Gabriele Kaiser und Antje Rudolph verdanke ich kompetente Hilfen bei der Anfertigung des Typoskripts. Mein besonderer Dank geht hier an Wolfgang Rohrhuber, der sämtliche Konvertierungs- und Programmprobleme hochkompetent und stets hilfsbereit gelöst und mir dadurch die Fortführung der Arbeit sehr erleichtert hat.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat den Abschluß der Arbeit durch ein Stipendium und deren Veröffentlichung durch einen großzügigen Druckkostenzuschuß unterstützt. Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Prof. Dr. Jens-Peter Schneider und Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert waren so freundlich, mir die Veröffentlichung in der von ihnen herausgegebenen Reihe „Studien zu Staat, Recht und Verwaltung“ zu sehr guten Bedingungen zu ermöglichen.

Hamburg, im September 2004

Marion Albers

Inhalt

Einleitung	19
A. Begründung und Ziele der Untersuchung	21
B. Gang der Untersuchung	22
Erster Teil:	
Die Materialisierung des Freiheitsschutzes	27
<i>1. Kapitel: Neuansatz in der Grundrechtsdogmatik</i>	29
A. Konzeption und Limitationen der „klassischen“ Eingriffsabwehr	29
B. Die Neubestimmung der Gewährleistungsinhalte	36
I. Die Transformation auf die Gesellschaftsebene	36
II. Der Ansatz beim objektivrechtlichen Gehalt der Grundrechte	39
III. Der soziale Kontext individueller Freiheit als Grundrechtsthema	42
IV. Die Vergrundrechtlichung des staats„internen“ Bereichs	54
V. Die Konkretisierung individueller Leistungsrechte	61
C. Die Flexibilisierung des Eingriffsbegriffs	70
D. Ergebnisse: Die Konzentration auf den Gewährleistungsinhalt	82
<i>2. Kapitel: Der Umgang mit personenbezogenen Informationen und Daten als Schutzdimension</i>	87
A. Zentrale Kennzeichen des Gegenstandes	87
I. Zum Begriff der Information	87
II. Die Verflochtenheit von Informations- und Datenverarbeitungsvorgängen	96
III. Die Rolle der Medien, Techniken und Netze	98
1. Charakteristika der Medien, Techniken und Netze	98
2. Auswirkungen auf den Umgang mit Informationen und Daten	103
B. Die rechtliche Determination des Umgangs mit Informationen und Daten	107
I. Die Ausdifferenzierung der Informations- und Datenverarbeitungsprozesse	107

II. Regelungsdimensionen im Informations- und Datenbereich	109
III. Individueller Schutz im Hinblick auf den Umgang anderer mit personenbezogenen Informationen und Daten	113
1. Leitgedanken im Rahmen der Entwicklung des Datenschutzes	113
2. Informationelle Selbstbestimmung als leitender Topos	123
C. Herausforderungen für die Grundrechtsdogmatik	131
I. Die (grund)rechtliche Konstitution der individuellen Positionen	131
II. Die veränderte Inbezugnahme des Staates	132
III. Umbau von Begriff und Rolle des „klassischen“ Grundrechtseingriffs	134
IV. Die Anforderungen an die Begründung der Garantien und Rechte	137
V. Die rechtliche Relevanz der Unterscheidung von Informationen und Daten	141
D. Ergebnisse: Die Eigenständigkeit einer gegenstandsgerechten Grundrechtsdogmatik	145
Zweiter Teil: Analyse des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	149
<i>3. Kapitel: Konzeption und Grundlagen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung</i>	151
A. Entwicklung im Volkszählungsurteil	152
I. Die Verankerung und die Konkretisierung des Schutzhinhalts	152
1. Die Anknüpfung an Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	152
2. Informationelle Selbstbestimmung und Entscheidungsbefugnis über die Preisgabe und Verwendung persönlicher Daten	153
II. Umgang mit Informationen und Daten als Grundrechtsbeeinträchtigung	163
III. Grundrechtsschutz und gesetzliche Regulierung	164
1. Einschränkungen im Allgemeininteresse	164
2. Grundrechtliche Maßgaben für die gesetzliche Ausgestaltung	165
a) Daten für nichtstatistische Zwecke	166
b) Daten für statistische Zwecke	170
aa) Erhebungsprogramm und Datenaufbereitung	170
bb) Datenübermittlung	172
IV. Ergebnisse: Leistung und Defizite des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	174

B. Genese im Kontext der Rechtsprechung zu Art. 2 Abs. 1 GG	178
I. Festlegungen und Mehrdeutigkeit in der Interpretation des Art. 2 Abs. 1 GG als allgemeine Handlungsfreiheit	181
1. Die Limitationen der Ausgangsentscheidungen	181
2. Das Schutzgut als Bezugspunkt dogmatischer Strukturierung	183
3. Handlungen als Schutzgut und die Erweiterungen des Schutzes	185
4. Der Sonderweg informationsorientierten Grundrechtsschutzes	192
II. Die Ausdifferenzierung des Rechts auf Achtung der Privatsphäre	193
1. Die Auskunft für eine Repräsentativstatistik als Grundrechtsproblem	195
2. Die Übermittlung von Daten als Grundrechtsproblem	198
3. Die Datenbeschaffung oder Informationsgewinnung bei Dritten oder durch Dritte als Grundrechtsproblem	200
4. Der Übergang zum Persönlichkeitsschutz	203
5. Leistung und Defizite des Grundrechts auf Achtung der Privatsphäre	206
a) Die dogmatische Leistung der Privatsphärenkonzeption	206
b) Die Leistungsgrenzen der Privatsphärenkonzeption	208
aa) Die Privatsphäre als Element einer „Sphärentheorie“	208
bb) Die Relativität der Privatsphäre	211
cc) Die Umformung zu einem informationellen Selbst- bestimmungsrecht	213
dd) Der Hinweis auf die Relevanz des Verwendungs- zusammenhangs	215
ee) Die Umstellung auf einen Persönlichkeitsschutz	216
III. Die Entwicklung des Persönlichkeitsschutzes	217
1. Der Perspektivenwechsel von der privaten Sphäre auf den Sinngehalt und die Wirkungen von Informationen	217
2. Der Wechsel zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht	222
3. Konsolidation und Entfaltung des Persönlichkeitsrechts	226
4. Leistung und Defizite des konzipierten Persönlichkeitsschutzes	230
IV. Ergebnisse: Die Genese des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	234
1. Fortführung des informationsorientierten Grundrechtsschutzes	234
2. Wegfall der Bindung an eine anderweitige materiale Gewährleistung	235
3. Ausrichtung auf eine Entscheidungsbefugnis über die Preisgabe und Verwendung persönlicher Daten	236
4. Maßgaben für gesetzliche Regelungen und exekutives Vorgehen	239
5. Eigenständigkeit des Eingriffsverständnisses	239

<i>4. Kapitel: Weiterentwicklungen und Bruchlinien</i>	241
A. Die normative Verankerung informationeller Selbstbestimmung	242
I. Spezielle Freiheitsgewährleistungen als Anknüpfungspunkt	242
II. Das Verhältnis zum Recht auf Achtung der Privatsphäre und zum Persönlichkeitsrecht	247
1. Neue Muster des Schutzes der Privatsphäre	248
2. Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Persönlichkeitsrecht	253
a) Inkonsistenzen beim Rückgriff auf die Schutzgehalte	253
b) Korrekturen und neue Muster im Bereich des Persönlichkeitsrechts	255
aa) Entscheidungsbefugnisse über die Darstellung der eigenen Person	255
bb) Das „Recht am eigenen Bild“	260
B. Die Unzulänglichkeit eines rein abwehrrechtlichen Verständnisses	262
I. Spezifikationen der Maßgaben des Volkszählungsurteils	262
II. Die Gewährleistung von Kenntnismöglichkeiten	264
III. Geltung im Verhältnis zwischen Privaten	267
C. Die nähere Gestaltung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	268
I. Zweckfestlegung, Zweckbindung und Zweckänderungen	268
II. Information als zentrales Element des Schutzes	270
1. Die Orientierung an den Inhalten und Wirkungen von Informationen	270
2. Die Ausnahme: Die (zweite) Tagebuchentscheidung	273
D. Ergebnisse: Novellierungen, Konkretisierungen und offene Probleme	275
<i>5. Kapitel: Die Notwendigkeit einer Neukonzeption</i>	280
Dritter Teil: Einflußmechanismen und Lösungsmuster völker- und europarechtlicher Determinanten	285
<i>6. Kapitel: Zentrale Vorgaben des Völkerrechts</i>	288
A. Wirkungen und Regelungskonzeptionen der Europäischen Menschenrechtskonvention	288
B. Die Regelungsmuster der Datenschutzkonvention des Europarats	297

	Inhalt	11
<i>7. Kapitel: Vorgaben des Unions- und Gemeinschaftsrechts</i>		301
A. Wirkungen und Regelungskonzeptionen der Unions- und Gemeinschaftsgrundrechte		301
I. Rechtswirkungen und Einflußmechanismen		301
II. Regelungskonzeptionen in Kodifikationen und Rechtsprechung		302
1. Die Regelungsentwürfe der EU-Grundrechtscharta		302
2. Grundrechte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs		306
B. Wirkungen und Regelungskonzeptionen der Datenschutzrichtlinien		311
I. Die Regelungsmuster der EG-Datenschutzrichtlinie		311
1. Zentrale Faktoren im Hintergrund der Regelungsinhalte		312
a) Kontroversen im Rahmen der Entstehungsgeschichte		312
b) Unterschiedliche Begründungselemente hinsichtlich der Kompetenzgrundlagen		313
2. Schutzziele und Schutzkonzeptionen		315
3. Die Gestaltung des Anwendungsbereichs und der Kernelemente		317
4. Inhaltliche Vorgaben für die Regelung des Umgangs mit personenbezogenen Informationen und Daten		321
a) Die Umsetzungsspielräume der Mitgliedstaaten		321
b) Die Verankerung von Qualitätsanforderungen und Zulässigkeitsvoraussetzungen		321
aa) Zweckfestlegung und Zweckkompatibilität, Erheblichkeit und Richtigkeit als zentrale Qualitätsanforderungen		322
bb) Umfassende Determination und Voraussetzungen der Zulässigkeit von Datenverarbeitungen		326
c) Die Gewährleistung besonderer Rechte der betroffenen Person		331
aa) Systematik und Mehrstufigkeit der Informationsrechte		331
bb) Das Spektrum der Einflußrechte		336
cc) Der Schutz hinsichtlich automatisierter Einzelentscheidungen		339
d) Die Sicherstellung der Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung und der Datensicherheit		340
e) Die Institutionalisierung von Transparenz und Kontrolle		341
II. Besondere Regelungsmuster der EG-Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation		345
<i>8. Kapitel: Supranationale Lösungen und informationelle Selbstbestimmung</i>		348

Vierter Teil:	
Gegenstandsgerechte Grundrechtsbindungen im Rahmen	
einer Zwei-Ebenen-Konzeption	353
<i>9. Kapitel: Inhalte und Einsatzfähigkeit der thematisch spezifizierten</i>	
<i>Grundrechtsgewährleistungen</i>	357
A. Die unterschiedlichen Facetten grundrechtlichen Schutzes	357
B. Der Umgang mit personenbezogenen Informationen und Daten als eigenständige Gewährleistungsdimension	360
I. Die Tragfähigkeit der zentralen Paradigmata	361
1. Rechte auf freie Entscheidung über Kommunikation und Kommunikationsadressaten	361
a) Interpretationsmuster in Rechtsprechung und Literatur	361
b) Leistungsgrenzen hinsichtlich informations- und daten- bezogener Vorgaben	363
2. Privatheits- und Geheimnisgewährleistungen	366
a) Interpretationsmuster in Rechtsprechung und Literatur	366
b) Die Schutzkonzeptionen der Artikel 10 und 13 GG	370
c) Die Schutzinhalte anderer thematisch spezifizierter Grundrechte	376
aa) Die Leistungsgrenzen einer sphärenorientierten Abgrenzung privater Bereiche	376
bb) Die weiterführenden Entwürfe der Privatheit	379
cc) Rekonstruktion: Die Herleitung der Rechtsbindungen und Rechtspositionen aus dem Normgehalt	382
(1) Die präzise Bestimmung des Gegenstandes des Schutzes	382
(2) Die tatsächliche Basis der Normkonkretisierung	383
(3) Die Konkretisierung der Normaussagen	387
3. Der Schutz der Selbstdarstellung	396
a) Interpretationsmuster in Rechtsprechung und Literatur	396
b) Die soziologischen Konzeptionen der Selbstdarstellung	400
c) Die Leistungsgrenzen einer Erweiterung der Verhaltensfreiheit	404
d) Rekonstruktion: Die Herleitung der Rechtsbindungen und Rechtspositionen aus dem Normgehalt	405
aa) Die präzise Bestimmung des Gegenstandes des Schutzes	405
bb) Die tatsächliche Basis der Normkonkretisierung	406
cc) Die Konkretisierung der Normaussagen	408

	Inhalt	13
4. Der Freiheitsschutz der Grundrechtsverbürgungen	415	
a) Interpretationsmuster in Rechtsprechung und Literatur	415	
b) Leistung und Leistungsgrenzen der Argumentationsmuster	418	
c) Rekonstruktion: Die Herleitung der Rechtsbindungen und Rechtspositionen aus dem Normgehalt	422	
II. Die Konkretisierung gegenstandsgerechter Rechtsbindungen und Rechtspositionen aus den thematisch spezifizierten Gewährleistungen	425	
1. Ertrag und Defizite der zentralen Paradigmata	425	
2. Inhaltliche, dogmatische und methodische Komponenten einer gegenstandsgerechten Konkretisierung	426	
a) Grundrechtsgewährleistungen als Verknüpfung eines thematischen Gehalts mit einem freiheitsrechtlichen Versprechen	426	
b) Die problembezogene Beschreibung der tatsächlichen Basis der Er- mittlung und Konkretisierung der einschlägigen Grundrechtsnorm	427	
c) Die neuartige Konkretisierung der Grundrechtsaussagen zu bestimmten Rechtsbindungen und Rechtspositionen	428	
aa) Tatsächliche und normative Ausgangslage	428	
bb) Konkretisierungsform und Argumentationsmuster	429	
cc) Konkrete Rechtsbindungen und Rechtspositionen	434	
d) Zusätzliche Komponenten und Voraussetzungen der Konkretisierung	436	
C. Die Anpassung des Eingriffsverständnisses	437	
I. Eingriffsbeschreibungen im Bereich des Umgangs mit personenbezogenen Informationen und Daten	437	
II. Die Abstimmung von Gewährleistungsinhalten und Grundrechtsbeeinträchtigungen	441	
1. Die Unterscheidungen zwischen dem Umgang mit Informationen und Daten, den Methoden und dem Modus	441	
2. Grundrechtsbeeinträchtigungen als Abweichung von den inhaltlichen Vorgaben der Grundrechtsnormen	444	
D. Ergebnisse: Schutz durch die thematisch spezifizierten Gewährleistungen auf der Basis eines grundlegend geregelten Umgangs mit Informationen und Daten	447	
I. Die Einschlägigkeit und die Einsatzfähigkeit der thematisch spezifizierten Grundrechtsgewährleistungen	447	
II. Die Integration in eine Zwei-Ebenen-Konzeption	451	

<i>10. Kapitel: Grundrechtliche Vorgaben zur Grundregulierung des Umgangs mit personenbezogenen Informationen und Daten</i>	454
A. Die Regelungsanforderungen des Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	454
I. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG als abstrakt-vorgelagerte Gewährleistung	454
II. Schutzziele und Aussagegehalte	460
1. Sachgerechte und transparenzsichernde Steuerung des Umgangs mit Informationen und Daten	462
a) Gesetzliche Determination der Informations- und Datenverarbeitungsvorgänge	464
b) Gesetzliche Regelungen zur System- und Technikgestaltung	466
2. Gewährleistung von Kenntnismöglichkeiten	469
3. Sicherstellung von Einflußmöglichkeiten	474
4. Institutionalisierung adäquater Kontrollen	475
III. Die Interdependenzen mit den sachlichen Regelungsbereichen	477
1. Das Erfordernis einer Abstimmung mit den sachbezogenen Vorgaben	477
2. Die Unterscheidung zwischen staatlichen und privaten Bereichen	477
3. Allgemeine und bereichsspezifische Regelungen	479
IV. Das Wechselspiel und die relative Hierarchie zwischen Grundrechtsanforderungen und gesetzlichen Regelungen	481
1. Die Mehrdimensionalität der Anforderungen des Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	481
2. Regelungs- und Konkretisierungskompetenzen	482
3. Die Vermittlung subjektiver Rechtspositionen	484
4. Grundrechtsverletzung und Gesetzeswidrigkeit	486
V. Fazit: Grundrechtliche Anforderungen und gesetzliche Umsetzung	487
B. Die sachgerechte und transparenzsichernde Steuerung des Umgangs mit Informationen und Daten	487
I. Die Einbettung der Regelungen in die jeweiligen Regelungszusammenhänge	487
1. Die Koordination mit den sachlichen Aufgaben und Befugnissen	488
2. Die Koordination zwischen der System- und Technikgestaltung und der Determination der Verarbeitungsvorgänge	490
3. Die Koordination der Regelungen der Verarbeitungsvorgänge	491

II. Elemente einer gesetzlichen Determination der Informations- und Datenverarbeitungsvorgänge	496
1. Zwecksetzungen und Erforderlichkeit als zentrale Kategorien	497
a) Zweckfestlegung, Zweckbindung, Zweckänderungen	498
aa) Die Festlegung der Verwendungszwecke	498
(1) Funktionen der Zweckfestlegung	498
(2) Konkretionsebenen	500
(3) Flexibilitäten	506
bb) Die Bindung an die festgelegten Zwecke	507
cc) Zweckbündelungen und Zweckänderungen	511
b) Das Regelungselement der Erforderlichkeit	516
2. Die problemorientierte Regulierung durch weitere Determinanten	520
a) Leitgesichtspunkte der näheren Determination	521
b) Die Aufschlüsselung nach einzelnen Phasen	522
3. Technikspezifische Bestimmungen	542
III. Elemente einer System- und Technikgestaltung	544
1. Systeme und Techniken als Anknüpfungspunkte der Grundregulierung	544
a) Das „System“ als Regelungsgegenstand	544
b) Auswahl, Konfiguration und Entwicklung der Techniken als Regelungsgegenstand	548
2. Allgemeine Prinzipien und Verfahrensinstitutionalisierungen	550
a) Datenvermeidung und Datensparsamkeit	550
b) Anonymisierung und Pseudonymisierung	555
c) Datenschutzaudit und Produktzertifizierung	559
3. Bereichsspezifität als Merkmal der System- und Technikgestaltung	561
C. Die Gewährleistung von Kenntnismöglichkeiten	562
I. Die Einbettung der Regelungen in die jeweiligen Regelungszusammenhänge	562
1. Die Koordination mit den Regelungen des Umgangs mit Informationen und Daten und mit den Regelungen zu den Einflußchancen	563
2. Die wechselseitige Koordination der Regelungen zur Gewährleistung von Kenntnismöglichkeiten	564
II. Die Regelungsinhalte zur Realisierung der grundrechtlichen Maßgaben	565
1. Übergreifende Orientierungschancen	565
2. Kenntnisgewähr durch Initiativpflichten der verarbeitenden Stelle	567
3. Konkrete Kenntnischancen auf Initiative der Grundrechtsträger	569

III. Die Berücksichtigung entgegenstehender Belange	571
1. Der Ausgleich mit Gegeninteressen	571
2. Die Pflicht zur Begründung der Ablehnung einer Kenntnisgewähr	573
3. Schutzvorkehrungen zur Kontrolle	574
D. Die Sicherstellung von Einflußmöglichkeiten	575
I. Die Einbettung der Regelungen in die jeweiligen Regelungszusammenhänge	575
1. Die Koordination mit den Regelungen des Umgangs mit Informationen und Daten	576
2. Die wechselseitige Koordination der Regelungen zur Sicherstellung von Einflußmöglichkeiten	577
II. Die Regelungsinhalte zur Realisierung der grundrechtlichen Maßgaben	578
1. Einflußpositionen aufgrund des individualschützenden Gehalts gesetzlicher Regelungen	578
2. Die Gewährleistung gesonderter Einflußpositionen	579
III. Der Ausgleich mit Gegenbelangen	582
E. Ergebnisse: Die Grundregulierung des Umgangs mit personenbezogenen Informationen und Daten	582
<i>11. Kapitel: Das Zusammenspiel der Grundrechtsbindungen in der Zwei-Ebenen-Konzeption</i>	589
A. Die Vorgaben einzelner Gewährleistungen auf der Basis einer Grundregulierung	590
I. Die zusätzlichen Bindungen thematisch spezifizierter Grundrechte	590
II. Die zusätzlichen Bindungen des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	593
B. Die Bauweise der gesetzlichen Regelungen	596
I. Achtung der einzelgrundrechtlichen Bindungen	596
II. Einschränkung der Einzelgrundrechte aufgrund der Gesetzesvorbehalte	599
C. Ergebnisse: Zwei-Ebenen-Konzeption statt Datenschutzgrundrecht	600
I. Verankerung eines Datenschutzgrundrechts ?	600
II. „Informationelle Selbstbestimmung“ als Bündel vielfältiger Bindungen und Rechtspositionen auf zwei Ebenen	602

Zusammenfassende Thesen	605
Literaturverzeichnis	625
Sachverzeichnis	665

